

Gedächtnisprotokoll eines Gespräches des Herrn Bundespräsidenten Lübke mit Vertretern der deutschen Korporationsverbände und studentischen Gemeinschaften am 2. Juni 1964 in Bonn

Es nahmen teil die Herren Hildenbrand (WB), Hillebrand (KSCV), Kühne (DB), Lange (ND), Leßmann (WJSC), Meier (KV), von Mengden (CV), Prasuhn (CC), Sorger (UV), de Vries (ATB), Wolter (ASV). Neben dem Herrn Bundespräsidenten waren der stellvertretende Chef des Bundespräsidialamtes, der persönliche Referent des Herrn Bundespräsidenten und Herr Barchewitz bei diesem Gespräch anwesend.

Die Unterredung hatte die Form eines zwanglosen Gesprächs. Sie dauerte zwei Stunden. Wesentliche Gesprächspunkte waren

Eingegangen:	
17. SEP. 1964	
x	
xx	<i>Wolter</i>
xxx	
Beantwortet:	

- die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung
- Mitverantwortung studentischer Gemeinschaften für die Aufgaben staatsbürgerlicher Bildungsarbeit und der Persönlichkeitsbildung der Studenten
- Ausländerarbeit und Ausländerbetreuung
- die Stellung des Studenten zur Bundeswehr und zur Wehrpflicht
- Hochschulreform.

Bereits in der Begrüßung brachte der Herr Bundespräsident aus der Fülle seiner persönlichen Erfahrungen und anhand von Beispielen sein Interesse an den Fragen des studentischen Bereichs zum Ausdruck.

Im weiteren Gespräch wurden ausführlich die Unzulänglichkeiten der studentischen Selbstverwaltung herausgestellt. Die nicht immer entschiedene und ausreichende Mitarbeit der Studenten, die teilweise aus der recht unbefriedigenden Wahlbeteiligung (z.Zt. 50% bei Wahlen zu Studentenparlamenten) hervorgeht, wurde zurückgeführt auf die in beängstigendem Ausmaß wachsenden Hörerzahlen in beinahe allen Fakultäten. Das vielfach distanzierte Verhältnis des Studenten zur Universität, das in dieser Entwicklung der heutigen Universität begründet sei, sei auch Ursache für diese Unzulänglichkeiten studentischer Selbstverwaltung.

Der Bundespräsident unterstützte die Meinung, daß hier nur eine klare Bewußtseinsbildung, die bei jedem einzelnen Studenten ansetzen müsse, Abhilfe schaffen kann. Die Vertreter der Korporationsverbände und studentischen Gemeinschaften gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die bei ihren Mitgliedern erstrebten Bildungsziele eine gute Basis für diese Art der Bewußtseinsbildung seien. Es wurde besonders auch auf die Möglichkeiten moderner Werbemethoden im Sinne gezielter Plakataktionen hingewiesen.

Nach vorsichtigen Schätzungen erreichen etwa 20 - 35% der Studenten in der Bundesrepublik nicht den jeweils vorgeschriebenen Studienabschluß. Man war der Überzeugung, daß diesen Zahlen ein nicht ausreichendes Verständnis des Studenten von seiner Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft zugrunde liegt.

Es wurde an dieser Stelle verdeutlichend hervorgehoben, daß die Universität ein integrierender Bestandteil des ganzen Staates sei. Daraus ergebe sich auch die Verpflichtung für jeden Studenten, an der Gestaltung dieses ihm anvertrauten Bereichs des Staates verantwortlich mitzuarbeiten. Es wurde dargelegt, in welcher Weise das hier in Frage stehende Verständnis vom Zusammenleben in der Gemeinschaft des Staates Ansatz für die Bildungsarbeit studentischer Gemeinschaften und Korporationen sei: Sie verstehen sich als Zusammenschluß Gleichgesinnter zu gemeinsamer Orientierung und Aktion im Bereich der Universität und Hochschule. Sie fordern den Willen, ihre Vorstellungen von Welt und Gesellschaft in der konkreten Umwelt wirksam werden zu lassen. Die Gemeinschaft ist ihnen gleichermaßen Ort der Einübung und Bewährung für die Verwirklichung ihrer Aufgabe: Mündigkeit, Unterscheidungsfähigkeit und Entscheidungsbereitschaft. Wenn studentische Verbände bei ihrer Arbeit hier ansetzen, tun sie es in der Überzeugung, auf die Verantwortung jedes einzelnen für die in seiner, wie auch immer gearteten Umwelt in Erscheinung tretende Gemeinschaft hinzuarbeiten. Insofern korrespondiert diese Arbeit unmittelbar mit dem Auftrag der Universität gegenüber jedem Studierenden.

Auf der anderen Seite wurde aber auch auf die Hindernisse hingewiesen, die sich immer neu durch den heute üblichen Wissenschaftsbetrieb deutscher Hochschulen ergeben. Der Bundespräsident äußerte den Gedanken, daß die Möglichkeiten für eine intensivere Kontaktaufnahme der Studenten untereinander geeignet sein könnten, hier eine gute Hilfe zu sein. Er ließ sich in diesem Zusammenhang ausführlich über die Erfahrungen in Studentenwohnheimen berichten. Es wurde in Frage gestellt, ob solche Häuser über den Charakter einer Notgemeinschaft hinaus auch die Möglichkeit zu echter Bildungsarbeit böten. Der grundsätzliche Wert von Studentenheimen wurde in der Möglichkeit des dort gegebenen interfakultativen Gesprächs gesehen.

Intensivierung und Verbesserung des Studiums sind aber nicht allein in die Macht des einzelnen gestellt. Notwendige Voraussetzungen dazu scheint eine umfassende Studienreform zu sein. Hier muß nach Ansicht der Gesprächsteilnehmer in den Höheren Schulen der Anfang gemacht werden. Eine gezielte Hinführung auf Form und Inhalt wissenschaftlicher Arbeit an der Universität könne noch mehr Abiturienten den Weg zum Studium erschließen.

Ausbildung an der Universität kann sich nach Meinung des Herrn Bundespräsidenten nicht in handwerklicher Perfektion erschöpfen. Die Studenten seien gehalten, an der Universität über eine Fülle von Einzelkenntnissen eines Wissenschaftsgebietes hinaus zur Durchdringung des Wesens einer wissenschaftlichen Fragestellung zu gelangen. Es gehe daher mehr um die Denkfähigkeit eines Studenten, als um eine vielleicht nur oberflächliche Kenntnis peripherer Wissenschaftsfragen. Nur so könne man den immer länger dauernden Studiengängen in den einzelnen Fakultäten Einhalt gebieten. Der große zeitliche Verlust, der im Vergleich zur Studiendauer früherer Generationen bis zu sechs Jahren ausmache, sei gleichermaßen ein Verlust für den Staat wie den betroffenen Studenten.

Der Staat müsse die materiellen Voraussetzungen für eine Strukturverbesserung schaffen, die allein geeignet sei, die genannten Unzulänglichkeiten auszuschalten. Damit sei notwendig eine Aufstockung des unverhältnismäßig geringen Wissenschaftshaushalts verbunden.

Zu einem Verbesserungsprogramm müsse ebenso die Errichtung neuer Universitäten gehören, wie man dies in fünf Fällen ja bereits vorgeesehen habe.

Zu einer optimalen Ausnutzung aller Möglichkeiten kommt es allerdings erst, wenn nur wirklich begabte und aufgeschlossene Studenten zum Studium kommen. In diesem Sinne setzte sich der Herr Bundespräsident für eine rigorose Begabtenauslese ein. Es sei nach Methoden zu suchen, die eine sichere Gewähr für die Durchführung dieses unerläßlichen Anliegens darstellen.

Sachgerechte wissenschaftliche Ausbildung gehe einher mit der Überprüfung des erlernten Wissenschaftsgebietes. Der Herr Bundespräsident sprach sich daher für die Einführung bzw. vermehrte Durchführung von Zwischenprüfungen aus. Er räumte die Möglichkeit einer Trennung von Forschung und Lehre in fortgeschrittenen Studienabschnitten ein. Daneben sei der Student zu umfassender Kenntnis und Beantwortung wissenschaftlicher Fragestellung aufgefordert.

Hier wurde auf wissenschaftliche Gesprächskreise hingewiesen, die sowohl für die Einführung in ein Fachstudium als auch mit entsprechender Zusammensetzung für das interfakultative Gespräch in Frage kommen können. Doch bleibt daneben die Forderung nach einer besseren Betreuung der Studenten durch mehr Dozenten und Professoren bestehen.

Des weiteren erläuterte der Herr Bundespräsident, wie bei der Ausländerarbeit im studentischen Raum die Arbeit im Dienste an Staat und Gesellschaft in einer besonderen Weise aktuell werde. Er wies besonders auf die Begegnung mit Ausländern im übernationalen Bereich hin und zeigte sich befriedigt über die Bereitschaft zum Engagement studentischer Gemeinschaften und Korporationen im deutsch-französischen Jugendwerk. Das Jugendwerk biete Möglichkeiten der Begegnung über den studentischen Bereich hinaus mit Schülern und verschiedenen Berufstätigengruppen.

Man konnte an dieser Stelle bereits auf erste Erfolge bei der Entwicklung des Jugendwerkes hinweisen. Die Verbände unterstrichen ihre Offenheit und Bereitschaft zum Gespräch und zur Zusammenarbeit mit interessierten ausländischen Kommilitonen.

Im Gespräch über Fragen der Bundeswehr äußerte sich Bundespräsident Lübke lobend über die sehr offene und positive Haltung, die die Studentenverbände in ihrem Verhältnis zur Bundeswehr bestimme. Die Vertreter der Verbände lobten einhellig die gute Mitarbeit ausgeschiedener Bundeswehrangehöriger in der Arbeit der Korporationen und Gemeinschaften. Hier wurde besonders die Neuregelung des Wehrpflichtgesetzes im Sinne einer Herabsetzung des Dienstpflichtalters hervorgehoben und auf die sich daraus ergebende Ableistung des Wehrdienstes im direkten Anschluß an das Abitur hingewiesen.

Die bisherigen Erfahrungen in persönlichen Begegnungen und Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung durchgeführt wurden, ist Anlaß zu der Überzeugung, daß die Arbeit der Bundeswehr sich günstig auf die Persönlichkeits- und Charakterbildung der Studenten auswirkt.

Gegen Ende des Gesprächs gab Bundespräsident Lübke zu bedenken, daß die Studentenverbände nicht genügend mit ihren Bemühungen um sachgerechte Bildungsarbeit und gesellschaftswirksame Aktionen an die Öffentlichkeit träten. Dagegen konnten die Verbandsvertreter auf die ungünstigen Erfahrungen hinweisen, die man bei vielen Versuchen der Zusammenarbeit mit der deutschen Presse gemacht habe. Man wies mit manchem Beispiel auf die oft unsachliche Darstellung der Presseorgane hin, die wiederholt in nicht eben objektiven Stellungnahmen zum Ausdruck gekommen sind.

Die Vertreter der Verbände verwahrten sich gegen die Unterstellungen der Presse, nach denen Formen traditionellen Gemeinschaftslebens als wesentliches Kriterium ihrer Ziele und ihrer Arbeiten dargestellt werden. Man erklärte einmütig, daß solche Formen nicht erstes Kennzeichen deutscher Studentenverbände seien. Vielmehr seien moderne Programme und praktische, an den Notwendigkeiten der Gesellschaft ausgerichtete Unternehmungen Kennzeichen ihrer sicherlich zeitgerechten Ziele.

Der Herr Bundespräsident bestätigte die oft unsachliche Darstellung der Presseorgane, die z.B. auch bei Veröffentlichungen über Fragen aus dem Bereich der Bundeswehr und des kirchlichen Lebens zum Ausdruck komme. Der Herr Bundespräsident sicherte den Anwesenden zu, darüber bei Gelegenheit mit den Delegierten des Verlegerverbandes sprechen zu wollen. Er regte dazu eine Dokumentation über die verschiedenen Erfahrungen auf Seiten der betroffenen Verbände für das Bundespräsidialamt an.

Zum Schluß gab Bundespräsident Lübke seiner Hoffnung Ausdruck, daß Inhalt und Anregung dieses Gesprächs mit Vertretern der deutschen Korporationsverbände und studentischen Gemeinschaften Anlaß zur Konzipierung einer noch intensiveren Mitarbeit an den Aufgaben der Universität und des ganzen Staates werde. Er bestätigte die Korporationen und studentischen Gemeinschaften in ihrem Selbstverständnis im Hinblick darauf, daß sie Möglichkeiten zu einer vernünftigen und sachgerechten Öffentlichkeitsarbeit fruchtbar werden lassen.

Der Herr Bundespräsident räumte die Wiederholung eines solchen Gesprächs und gegenseitigen Austausches zu gegebener Zeit ein.

Der Sprecher des CDK, Herr Leßmann, dankte dem Herrn Bundespräsidenten für seine rege Anteilnahme an den Belangen der deutschen Studentenschaft und sein Interesse für die Arbeit der Korporationen und Gemeinschaften. Er dankte für die in diesem Gespräch erlebte Bestätigung der Arbeit der Studentenverbände bei der Sorge um die Belange der Universität und des ganzen Volkes im Sinne einer Bewußtseinsbildung für die Lebensformen eines freiheitlich-demokratischen Staates.